

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 10/4094 —

Bericht zum Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle
sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis 1985

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag ist besorgt über die Ankündigung der amerikanischen Regierung, die Obergrenzen des SALT II-Abkommens künftig nicht mehr zu beachten und warnt vor einem leichtfertigen Abrücken von diesen Obergrenzen. Der Deutsche Bundestag hofft, daß in dieser Frage seitens der amerikanischen Regierung noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist und fordert die Bundesregierung auf, zusammen mit den westeuropäischen Verbündeten und Kanada alles zu unternehmen, um die Regierung der Vereinigten Staaten von der Notwendigkeit der Einhaltung der SALT II-Obergrenzen und der Bestimmungen des SALT II-Abkommens zu überzeugen.
2. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Sowjetunion, ihrerseits die SALT II-Bestimmungen einzuhalten und Vorwürfe aus der amerikanischen Administration zu widerlegen, sie verletze SALT II und den ABM-Vertrag. Die Drohung der amerikanischen Regierung sollte nicht mit einer Gegendrohung beantwortet werden.

Bonn, den 4. Juni 1986

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die jüngsten Äußerungen der amerikanischen Regierung zu den SALT II-Obergrenzen sind anläßlich der Sitzung des NATO-Außenministerrats in Halifax auf einhellige Kritik der westeuropäischen Verbündeten und Kanadas gestoßen.

Der Deutsche Bundestag teilt diese Kritik. Er ist tief besorgt über eine zunehmende Tendenz der amerikanischen Regierung, in Außen- und Sicherheitsfragen einer Politik der Stärke und Unnachgiebigkeit zu folgen, die die Interessen der anderen Verbündeten außer acht läßt.

In den letzten Wochen und Monaten häufen sich Äußerungen und Maßnahmen der amerikanischen Regierung, die als Absage an eine Politik der Zusammenarbeit und des fairen Interessenausgleichs zwischen West und Ost verstanden werden müssen. Dazu zählt die Weigerung, mit der Sowjetunion über das SDI-Programm zu verhandeln ebenso wie die Fortsetzung der Atomtests trotz des sowjetischen Angebots für ein umfassendes Atomteststoppabkommen. Die Militäraktion gegen Libyen, das amerikanische Veto gegen ein Abschlußdokument bei der KSZE-Expertenkonferenz über menschliche Erleichterung in Bern, die Pläne für neue chemische Waffen, die überraschende Entscheidung, das Zusatzprotokoll I zum Genfer Rotkreuz-Abkommen nicht zu ratifizieren, das zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen unterschiedslose atomare Kriegführung beschlossen und von 69 Staaten ratifiziert worden ist, und der Zuwachs bei den Rüstungsausgaben tragen dazu bei, das internationale Klima zu vergiften und Keile in das Nordatlantische Bündnis zu treiben.

Die Sowjetunion ihrerseits konnte bisher die aus der amerikanischen Administration erhobenen Vorwürfe über Vertragsverletzungen nicht aus der Welt schaffen. Sie beantwortet die amerikanische Drohung der Nichtbeachtung der SALT II-Obergrenzen mit Gegendrohungen. Die Sowjetunion hat, während die USA seit 1968 keine chemischen Waffen mehr produziert haben, die Produktion von chemischen Waffen ständig fortgesetzt. Diese Politik ist nicht geeignet, den in Genf so hoffnungsvoll begonnenen Dialog zwischen den USA und der Sowjetunion fortzusetzen und zu konkreten Ergebnissen zu führen.

Deshalb müssen die westeuropäischen Verbündeten und Kanada alles unternehmen, um die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion von der Notwendigkeit der Einhaltung der SALT II-Obergrenzen und der sonstigen Bestimmungen von SALT II sowie des ABM-Vertrages zu überzeugen und beide Mächte auffordern, SALT II durch ein verbessertes Abkommen mit niedrigeren Obergrenzen zu ersetzen.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Bundesregierung ihren Einfluß unter den westeuropäischen Verbündeten nutzen sollte, um im Bündnis eine Fortsetzung der auf der Grundlage des Harmel-Berichts in der NATO vereinbarten Politik der angemessenen Sicherheit und des Dialogs mit dem Osten zu ermöglichen.